

1 Ergebnisse der Tagung

2 „Wenn nicht jetzt, wann dann...?“

3 Schlussfolgerungen für die sächsische Kinder- und 4 Jugendpolitik: Bedarf es jetzt einer Reaktion auf 5 Wahlergebnisse oder Mut zu einer konkreten Strategie?“

6 – Langfassung Ergebnisse/Forderungen –

7 Ergebnisse der Arbeitsphase zusammengefügt und nur leicht redaktionell bearbeitet

8 Welche konkreten Bedarfslagen haben in Sachsen lebende Kinder- und 9 Jugendliche?

10 Die Bedarfe und Bedarfslagen von Kindern und Jugendlichen (und Familien) sind divers und
11 hängen von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Davon unabhängig ist die
12 Voraussetzung, dass alle Bedarfe gleichwertig zu betrachten sind und alle Kinder und
13 Jugendliche das Recht darauf haben, dass ihre Bedarfe gleichwertig Beachtung finden.

14 *Nachfolgende Bedarfe wurden in den Arbeitsgruppen festgehalten:*

15 Bedarfe der Kinder und Jugendlichen

- 16 • Mobilität – Die Situation des öffentlichen Nahverkehrs, eine schlechte Infrastruktur und
17 die Herausforderung an Wochenenden gar kein öffentlichen Nahverkehr vorzufinden und
18 damit auf elterliche Fahrdienste vor allem außerhalb der großen Städte angewiesen zu
19 sein, ist für viele Jugendliche eine Herausforderung in der Gestaltung ihres Alltags
- 20 • Räume – Wunsch nach Räumen, die frei und „bespielbar“ sind; Wunsch nach
21 institutionalisierten Räumen; Räume im Sinne öffentlicher Räume, zum Treffen und
22 abhängen; Räume der Begegnung und Selbstverwirklichung außerhalb von Schule;
23 Jugendliche brauchen diskriminierungsfreie Räume; Schutzräume; spezifische Räume für
24 Jungen und Mädchen; in existierenden Räumen frei und anerkannt zu sein;
- 25 • Zugang zu schnellem Internet – Breitbandausbau
- 26 • Selbstverwaltungen haben Unterstützungsbedarf bei Nachwuchsgewinnung,
27 Veranstaltungen, „Clubleben“
- 28 • Angebote für Medienkompetenz
- 29 • Sich sicher fühlen (z.B. Straßenbeleuchtung, Fußgängerüberwege usw.)
- 30 • Spaß und Sinn im Erleben und der Gestaltung ihrer Freizeit. (Wenn dieser nicht in der
31 herkömmlichen Erlebniswelt Befriedigung findet, können Suchtmittel ein wesentliches
32 Thema werden)
- 33 • Räume für politische Auseinandersetzungen von Kindern und Jugendlichen müssen
34 geschaffen werden, Politik muss erlebbar werden.
- 35 • Transparenz des Zusammenhangs zwischen politischen Entscheidungsfindungen und den
36 Interessen von Kindern und Jugendlichen herstellen.
- 37 • Kinder und Jugendliche haben Interesse an politischen Fragestellungen und Debatten.
38 Die primäre politische Prägung erhalten Kinder und Jugendliche im Elternhaus. Der Lern-
39 und Lebensort Schule muss Gelegenheiten schaffen in allen Schulfächern politische
40 Inhalte zu diskutieren.

- 41 • Kinder und Jugendliche brauchen die Möglichkeit, mit externen Kooperationspartnern in
42 der schulischen Bildung und/oder mit Politiker*innen über Politik und Themen der
43 politischen Bildung ins Gespräch zu kommen.
- 44 • Außerschulische Institutionen und Verbände (Sportvereine, Museen etc.) müssen Räume
45 für politische Diskussionen von Kindern und Jugendlichen schaffen und benötigen dafür
46 Unterstützung.
- 47 • Kinder und Jugendliche fordern Beteiligungsmöglichkeiten (an gesellschaftlichen
48 Prozessen) ein. Bestehende Bildungskonzepte können darauf nur schwerlich reagieren
49 und bedürfen einer dringenden Überarbeitung.
- 50 • Die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen gilt es auszubauen, damit
51 Selbstwirksamkeitserfahrungen („Ich kann etwas bewegen und meine Meinung ist
52 wichtig!“) möglich werden.

53 Bedarfe von Familien:

- 54 • Familien wünschen sich ausreichende Betreuungsangebote, die sie tatsächlich als
55 familienunterstützend und –ergänzend erleben.
- 56 • Familien wollen ein tatsächliches Wunsch- und Wahlrecht bei der frühkindlichen Bildung
57 (im Hinblick auf Träger, Wohnortnah bzw. arbeitsortnah, usw.). Neben der
58 institutionellen Betreuung in Kindertagesstätten gibt es auch Familien mit Bedarfen nach
59 längerer Betreuung zuhause, für die es ausreichende Unterstützungsangebote benötigt.
- 60 • Bessere finanzielle Ausstattung von Familien (Kindergrundsicherung)
- 61 • Armutsrisiko (z.B. bei Alleinerziehenden) staatlich abfedern
- 62 • gesundes und kostenfreies Mittagessen und Frühstück in Schulen (→ ist auch
63 gemeinschaftsfördernd & stressmindernd & integrierend)
- 64 • Soziales Lernen und Selbstwerterhöhung, um aus der Schleife aus
65 Armut/Scham/Ausgrenzung zu entkommen
- 66 • Chancengleichheit für jede Familienform/Betreuungsform
- 67 • Kostenfreiheit Kitaplätze & gute qualitative Ausstattung der Einrichtungen
- 68 • Kostenfreiheit für Kinder/Jugendliche im ÖPNV
- 69 • Kostenfreiheit von Schule (Lehrmittel, Klassenfahrten, ...)
- 70 • Zeit mit den Elternteilen (ggf. unterstützt durch Instrumente wie Landeserziehungsgeld
71 o.ä. für mehr Wahlfreiheit)
- 72 • Bezahlung der Betreuungszeit/Erziehungszeit bei der Rente (und/oder Steuer) bzw. deren
73 Bezahlung
- 74 • Beratung und Unterstützung in der Gestaltung & Finanzierung des Familienalltags →
75 niedrigschwellig und kostengünstig/-frei
- 76 • Förderung ressortübergreifend und strukturübergreifend (regional/überregional) →
77 Familien ist nur verantwortlich für Nutzung/Annahme des Angebotes, nicht aber für
78 Organisation des Angebotes

79 Durch niedrigschwellige Kontaktangebote, kontinuierliche Trägerschaft und verlässliche
80 Fachkräftestrukturen (Ansprechpersonen) vor Ort entstehen klare Strukturen und konkrete
81 Orte in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen die zu Entwicklungsräumen für sie
82 werden können und helfen ihre Bedarfe zu artikulieren, zu reflektieren und zu befriedigen.
83 Die Niedrigschwelligkeit der Angebote, die unkompliziert und ohne Voraussetzungen
84 Begleitung und Beratung anbietet, ohne langfristige Verpflichtungen von Kindern und
85 Jugendlichen. Darüber hinaus sollten die Bedarfe „neu“, flächendeckend und vor Ort erhoben
86 werden.
87

- 88 Neben der Bedarfserhebung braucht es Veränderungen in übergeordneten Strukturen bswp.
89 in Jugendhilfeausschüssen:
- 90 • Jugendhilfeausschüsse sollen sich aktiv mit allen Themen befassen, die Kinder und
91 Jugendliche (ihr Wohl, ihre Lebenslagen) betreffen, und eine Meinung/eine Position dazu
92 entwickeln und öffentlich vertreten.
 - 93 • Jugendhilfeausschüsse sollen junge Menschen in wertschätzender Art und Weise
94 anhören (regelmäßige offene Redezeit für Jugendliche vor dem Ausschuss,
95 Einwohnerfragestunde, Sprechzeit des Ausschussvorsitzenden)
 - 96 • Es sind geeignete, kinder- und jugendgerechte Kommunikationswege zu entwickeln, die
97 einladen sich mit Anliegen an den Jugendhilfeausschuss zu wenden.
 - 98 • Sitzungen sollen öffentlich und für Jugendliche verständlich sein.
 - 99 • Jugendhilfeausschüsse sollen in ihrer Jugendhilfeplanung dafür sorgen: Jede/jeder
100 Jugendliche muss die Möglichkeit haben, außerhalb seiner Familie einen/eine
101 Sozialarbeiter/in als Ansprechpartner/in zu finden.

102 **Welche konkreten Bedarfslagen haben in der sächsischen Kinder- und** 103 **Jugendhilfelandtschaft tätigen Träger?**

- 104 • Gute Förderung
- 105 • Ausreichende und gleiche Finanzierung für ALLE Träger (kommunale und freie) der
106 Kinder- und Jugendarbeit.
- 107 • Gleichbehandlung bei Eigenmittelerbringung, bei öffentlichen Aufgaben soll die Höhe der
108 Eigenmittel bei 0% liegen, Beschäftigungen von MA nach Tarif; Gewissheit, dass alle
109 Träger für eine angemessene Jugendhilfe einstehen
- 110 • Sichere Arbeitsverhältnisse für Fachkräfte, grundständige Finanzierung, langfristige
111 Förderzusagen
- 112 • Weg von Projektcharakter hin zu Strukturförderung vs. Flexibilität der Projektarbeit
- 113 • Wertschätzung
- 114 • Bedarf der freien Träger, alle Bevölkerungsschichten zu erreichen (Schulgeld fördert
115 gesell. Blase) → Abschaffung von Schulgeld oder andere Modelle, um Vielfalt zu
116 ergänzen
- 117 • Klare Finanzierungsstrukturen: ausreichende Finanzierung freier Träger, Vertrauen von
118 der politischen Ebene

119 Jugendhilfeträger & Gesellschaft

- 120 • Anerkennung der Jugendhilfe als gestaltender Protagonist eines demokratischen
121 Miteinanders
- 122 • Jugendhilfeplanung auf Landesebene ernsthaft umsetzen
- 123 • Gesetzlich vorgesehene Beteiligung freier Träger an der Jugendhilfeplanung offensiv und
124 transparent praktizieren, weitgehende Öffentlichkeit herstellen
- 125 • Anhörung von beteiligten Gemeinden (in Landkreisen) und freien Trägern vor
126 Entscheidungen, die sie betreffen
- 127 • Wertschätzende Kommunikationskultur aus einem demokratischen Grundverständnis
128 heraus entwickeln, in der auch Konflikte sachlich ausgetragen werden
- 129 • wertschätzender und respektvoller Umgang von Verwaltung und Transparenz ihres
130 Handelns
- 131 • Kooperationsbereitschaft und Offenheit bei Bürgermeister*innen, Stadträt*innen,
132 Verwaltung, ggü. Jugendbeteiligung
- 133 • Offene Informationspolitik der Verwaltung, Transparenz von Entscheidungsprozessen,
134 Vorlagen und Beschlüssen

- 135 • Erstellung von Demokratiefördernden Konzepten (Landeskonzepte) durch fachlich
136 kompetente Personen und Absicherung der Projekte in zeitlicher Hinsicht
137 • Verankerung von demokratiefördernden Projekten als kommunale- und landkreis-
138 Aufgabe

139 Qualifikation der Fachkräfte

- 140 • Notwendig sind fachlich informierte kontinuierliche Mitarbeiter/innen als
141 Ansprechpartner/innen in den Gemeindeverwaltungen mit Zeit für Jugendbeteiligung und
142 produktive Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugendhilfe
143 • Genügend Ressourcen, um vom „Klienten“ aus gesehen, arbeiten zu können
144 (ressortübergreifende Förderung, integrierte Planung, Strategie und mehr Fachkräfte)
145 • klare Richtlinien, an welchen Stellen zwingend Fachkräfte eingesetzt werden müssen und
146 wobei andere Kräfte eingebunden werden können
147 • aufgrund von Fachkräftemangel aufgeweichte Fachstandards nach dem Ende des
148 Mangels unbedingt wieder erhöhen (Fachkräfte solide geschult)
149 • mehr Fachkräfte, um überhaupt politische Themen diskutieren zu können und in der Kita,
150 Schule etc. mitzubestimmen und sich beteiligen zu können
151 • Wir brauchen die zeitlichen und finanziellen Ressourcen um uns weiter zu bilden,
152 auseinanderzusetzen
153 • Fundiertes Wissen der Fachkräfte über (aktuell) politische Themen
154 • Demokratisch basiertes Politikverständnis, Kenntnisse über Diskriminierungsformen und
155 Diskriminierungskategorien
156 • Mitarbeiter_innen benötigen Begleitung im Umgang mit rechten
157 Äußerungen/Symbolen/Kleidungen bei Kindern und Eltern. (Idee Raum der
158 Auseinandersetzung innerhalb der Träger, wie damit umgegangen werden kann /
159 Ansprechpersonen bei Regionalstellen
160 • Kontinuierliche, finanzierte Monitoring-Stellen zu neonazistischen Strukturen und ihre
161 Verhandelungen zu AfD bzw. Neue Rechte

162 Schule

- 163 • Die Möglichkeit außerschulischer Lernorte (Kieze, Museen, Seminarwochen) sollte wieder
164 an Schule herangetragen werden und genutzt werden.
165 • Kooperationsbereitschaft und Offenheit von Schulen ggü. politischer Jugendbildung
166 • außerschulische politische Bildung – Demokratiewerkstätten – muss gestärkt werden

167 Welche konkreten Bedarfslagen haben haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte?

- 168 • Wertschätzung und Anerkennung durch Verantwortungsträger, Netzwerkpartner*innen
169 und Gesellschaft
170 • Ein klares Bekenntnis der Politik zu einer offenen, vielfältigen und demokratischen
171 Gesellschaft
172 • Kooperationsbereitschaft und Offenheit von Seiten der Schulen, Bürgermeister*innen,
173 Stadträt*innen, Verwaltung, gegenüber Jugendbeteiligung!
174 • Die Anerkennung der Jugendhilfe als gestaltender Protagonist eines demokratischen
175 Miteinanders
176 • qualitativ hochwertige, zeitgemäße Ausbildung, Studium und Weiterbildungsangebote
177 (auch für Ehrenamtliche!!!)
178 • eine gemeinsame Lobby
179 • Bestandteil der Ausbildung muss
180 ○ demokratische/ politische Bildung sein
181 ○ Kenntnis von Diskriminierungsformen und Diskriminierungskategorien sein

- 182 • Fachkräften muss der Perspektivwechsel ermöglicht werden (zwischen Politik und Praxis)
- 183 • Vereinfachung der Regularien zur Ausgestaltung der pädagogischen Arbeit und zur
- 184 Finanzierung
- 185 • Vereinfachung und Vereinheitlichung von Evaluationsmethoden
- 186 • Räume für Kinder und Jugendliche schaffen, damit diese sich ehrenamtlich engagieren
- 187 können
- 188 • Novellierung des Bildungsurlaubsgesetzes sowie andere Anreize für Ehrenamtlichen
- 189 Engagement schaffen
- 190 • mehr zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen (Stichwort Personalschlüssel,
- 191 Entfristung von Arbeitsverträgen ...)
- 192 ○ für Jugendarbeit und fachliche Zusammenarbeit mit freien Trägern
- 193 ○ um nach Tarif bezahlt zu werden
- 194 ○ um politische Themen diskutieren zu können
- 195 ○ um sich beteiligen zu können
- 196 ○ um sich zu aktuellen politischen Themen weiterbilden zu können
- 197 ○ um sich fachlich austauschen zu können
- 198 ○ um gut angeleitet zu werden oder anzuleiten
- 199 ○ um nicht originär fachliche Aufgaben (Hausmeisterliche Tätigkeiten, Buchhaltung etc.
- 200 Nicht selbst erledigen zu müssen)
- 201 → und damit Bedingungen, die ein auf Dauer gestelltes, kontinuierliches Arbeiten
- 202 ermöglichen
- 203 • (gemeinsame?) gewerkschaftliche Organisation
- 204 • eine fachlich versierte Behörde

205 **Weshalb benötigen wir eine kinder- und jugendpolitische Gesamtstrategie in**

206 **Sachsen?**

- 207 • weil es noch keine kinder- und jugendpolitische Gesamtstrategie in Sachsen gibt
- 208 • um Kinder und Jugendlichen in den Fokus politischer Strategien setzen, denn die
- 209 demografische Entwicklung erhöht Erwartungen an „das Funktionieren“ junger
- 210 Menschen, ihr Einfluss aber auf demokratische Entscheidungen ist gering
- 211 • Gemeinden wollen Jugend- bzw. Jugendbeteiligungsstrategien entwickeln, um sich
- 212 zukunftsfähig aufzustellen und für junge Menschen attraktiv zu sein
- 213 • die Verantwortung für die Lebenslagen und Entwicklungschancen junger Menschen kann
- 214 die Kinder- und Jugendhilfe bzw. das zweigliedrige Jugendamt nicht allein wahrnehmen.
- 215 Sie brauchen im Sinne einer Gesamtstrategie Partner.
- 216 • für eine Verständigung aller Entscheider*innen und Akteur*innen, dass Demokratie und
- 217 Beteiligung grundsätzlich sind!
- 218 • für eine institutionelle Interessenvertretung von und für Kinder(n) und Jugendliche(n)
- 219 bzw. für eine flächendeckende und chancengerechte Jugendhilfestruktur im Land
- 220 Sachsen, um diese Fläche nicht anderen zu überlassen
- 221 • für eine Schaffung von Möglichkeiten zur Herausbildung eines Demokratieverständnisses
- 222 • für eine Sicherstellung einer kontinuierlichen Finanzierung von Landesprogrammen und
- 223 hauptamtlichen Stellen
- 224 • um jugendgerechte Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, wie bspw. Jugendparlamente
- 225 mit eigener Entscheidungsfähigkeit,
- 226 • um konkrete Ansprechpartner*innen in der Kommunalpolitik zu etablieren
- 227 • für eine Belebung von öffentlichen Räumen von Jugendlichen
- 228 • um strukturelle Unterschiede zwischen dem ländlichen Raum und dem urbanen Raum
- 229 anzugleichen

- 230 • um dem Landesjugendamt seine ursprüngliche Bedeutung der fachlichen Beratung und
- 231 Steuerung wiederzugeben
- 232 • um politisch schlagkräftiger zu sein
- 233 • für Transparenz und eine Orientierungs- und Ausrichtungsklarheit im Bereich sächsischer
- 234 Kinder- und Jugendpolitik, z.B. für die kleinteiligeren lokalen Bezüge wie Sozialplanung
- 235 oder Jugendhilfeplanung
- 236 • um die Vernetzung und Verzahnung der einzelnen kinder- und jugendpolitischen Bereiche
- 237 effizient als Ressource zu nutzen

238 **Welche Bestandteile hätte eine kinder- und jugendpolitische Gesamtstrategie in**

239 **Sachsen?**

240 Gesetzliche Rahmenbedingungen

- 241 • Es braucht **juristische** Rahmenbeteiligung, in denen Kinder- und Jugendbeteiligung
- 242 **verankert** wird.
- 243 • Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

244 Ministerien

- 245 • Die **Verantwortung** und Zuständigkeiten der unterschiedlichen Akteure für die Kinder-
- 246 und Jugendpolitik muss **geklärt** und eingefordert werden
- 247 • **Zusammenarbeit der Ministerien:** im Bereich: Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe
- 248 organisieren, stärkere Zusammenarbeit, fachliche Kompetenz im SMS schaffen, Bei
- 249 Befugnissen mehrerer Ministerien: Entscheidung, wer die Federführung hat

250 Landesjugendamt

- 251 • Landesjugendamt als **Fachinstitution**, fachliche Ausstattung des SMS

252 Jugendhilfeausschüsse

- 253 • Im Konfliktfall muss Jugendhilfeausschuss als Fachaufsicht **mehr Kompetenzen und**
- 254 **Entscheidungsräume** für die Entscheidung über Trägerschaften bekommen.
- 255 • Diskutieren: Müssen die Landräte wirklich regelmäßig die **Vorsitzenden der örtlichen**
- 256 **JHA** sein? Welche Qualitätsanforderungen sind an die Arbeit und Kommunikation der
- 257 Ausschussvorsitzenden zu stellen?

258 Strategie in den Landkreisen

- 259 • flächendeckende Jugendhilfestruktur im Land Sachsen, auch damit es nicht andere
- 260 nutzen, Festlegung von **Mindeststandards** für Leistungen der Jugendhilfe
- 261 (Jugendarbeit, Jugendkulturarbeit, Familienbildung, politische Bildung, etc.
- 262 • Instrumente und Vorgehensweisen, um Sozialräume **individuell zu betrachten**
- 263 • Sachsen braucht eine Strategie, die die **örtlichen öffentlichen Träger der**
- 264 **Jugendhilfe auch finanziell in die Lage versetzt**, ihrer Gesamtverantwortung in der
- 265 Jugendhilfe gerecht zu werden (viele Probleme in örtlicher Planung und Förderung sind
- 266 auch Symptome von strukturellen Finanzierungsproblemen insbesondere der Landkreise)
- 267 • Auf ein **ausgeglichenes Verhältnis** zwischen Ausstattung der Jugendarbeit auf
- 268 örtlicher und auf überörtlicher Ebene achten
- 269 • 13 örtliche Strategien sind noch keine fachliche Entwicklungsstrategie für Sachsen: Die
- 270 **Beratungsfunktion** des Landesjugendamtes für öffentliche und freie Träger ist zu
- 271 **stärken** durch bessere Personalausstattung.

272 Jugendpauschale

- 273 • Die Jugendpauschale ist nach anerkannten fachlichen Qualitätsstandards kontinuierlich
- 274 **fortzuführen und besser auszustatten**, damit ein angemessener Teil für die

275 Jugendarbeit (SGB VIII) kontinuierlich eingesetzt werden kann. Zu diskutieren wäre im
276 Konkreten, was ein angemessener Teil für die Jugendarbeit ist?

277 Öffentliche Träger

- 278 • Öffentliche Träger der Jugendhilfe und Gemeinden brauchen **Personalressourcen,**
279 **Grundsätze und eine Strategie für Jugendbeteiligung**

280 Zusammenarbeit öffentliche + freie Träger

- 281 • In diesen Prozess muss die Verwaltung einbezogen werden, um die Kontinuität der
282 Regelungen langfristig sicherzustellen
- 283 • kommunale und freie Träger müssen an einen Tisch gebracht werden.
- 284 • Realisierung der gesetzlich vorgegebenen Zusammenarbeitspflicht von Schule und
285 Kinder- und Jugendhilfe
- 286 • Übergang zur Schule transparenter gestalten

287 Fachkräfte

- 288 • Kinder- und Jugendliche benötigen eine **Kontinuität von begleitenden Erwachsenen**

289 Qualität / Weiterentwicklung von Anfang an mitdenken

- 290 • **Mindeststandards**, die einzuhalten sind (Anzahl der VzÄ, Bezahlung usw.)
- 291 • Ermittlung der Ausgangslage; Bedarfe der Kinder, Jugendlichen und Familien ermitteln;
292 **Berücksichtigung der individuellen regionalen Ausprägungen**
- 293 • Vision / Leitbild; Zielhierarchie; Aufstellen von Wirkungszielen; Festlegung von
294 **Erfolgsindikatoren**; Controlling
- 295 • **Erwachsenenbildung** als Teil dieser gesamtgesellschaftlichen Strategie
- 296 • **Evaluation** der Gesamtstrategie muss gesetzlich verankert sein / Erstellen einer Studie
297 zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Sachsen

298 Öffentlichkeit

- 299 • **Öffentliche Positionierung**

300• Weiterhin

- 301 • **Steuernde Programme**
- 302 • Förderung von **Bottom up – Projekten**

303 Bund

- 304 • **Anbindung** der Gesamtstrategie **an den Bund.**

305 **Welche Effekte haben Partnerschaften der Kinder- und Jugendhilfe mit anderen** 306 **gesellschaftlichen Akteuren im Sinne einer sächsischen Eigenständigen** 307 **Jugendpolitik?**

- 308 • **Es gibt positive Effekte** von Partnerschaften der Kinder- und Jugendhilfe mit anderen
309 gesellschaftlichen Akteuren.
- 310 • Partnerschaften verdichten ein Netzwerk und führen zu einer **gemeinsamen**
311 **Zielrichtung** (geht über Personen, weniger über Institutionen)
- 312 • **Wertschätzung** in der Zusammenarbeit auf eine programmatischen Grundlage /
313 Begegnungen auf **Augenhöhe** zwischen unterschiedlichen Bildungswegen
- 314 • Wir gestalten gemeinsam unseren Lebensort und sind im Prinzip alle Akteur*innen des
315 Gemeinwesens! / wenn Partnerschaften gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen
316 arbeiten stärken sie das **lokale und regionale Identität** und schaffen eine
317 **Bleibperspektive**

- 318 • Begegnungen schaffen **gegenseitiges Verständnis** zwischen den Bedürfnissen von
319 Kindern und Jugendlichen und gesellschaftlichen Akteuren

320 Verwaltung

- 321 • SMS und SMK arbeiten zukünftig gut zusammen und erreichen dadurch eine
322 **effizientere Wirkung** für die frühkindliche Bildung in Sachsen.
323 • Die Verwaltung muss aktiv als Akteur einbezogen werden und politische Vorgaben
324 umgesetzt werden.
325 • Die Verwaltung muss proaktiv auf Entwicklungen reagieren und ggf.
326 Änderungsvorschläge zu Verwaltungsvorgaben im Sinne der Umsetzbarkeit von
327 politischen Vorgaben einbringen.
328 • **Einbindung der Kommunen** in die Partnerschaften

329 Jugendhilfeausschüsse / Jugendhilfeplanung

- 330 • **Einbindung von jugendrelevanten Institutionen**
331 • **Integrierte Sozialplanung**

332 Kooperation öffentliche und freie Träger

- 333 • Zwischen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit müssen Räume für den Austausch und
334 Perspektivwechsel geschaffen werden.
335 • Hilfreich wären Kooperation zwischen Trägern und anderen gesellschaftlichen Akteuren
336 (z.B. Unternehmen, Stiftungen) für die z.B. **Kofinanzierung von Projekten**.
337 • Partnerschaften mit Schule: Abstimmen von Bedarfsplanungsprozessen;
338 Beteiligungsstrategien in Schulen anregen; bessere Rahmenbedingungen für die
339 Zusammenarbeit vor Ort
340 • Aufhebung der Segmentierung von Institutionen wie Schule, Kita, Verein, etc. und
341 Personengruppen im Gemeinwesen! Hin zu einer **verzahnten gemeinsamen**
342 **Gestaltung, frei von Konkurrenz der Träger und Personen!**
343 • **multiprofessionelle Teams**

344 Ehrenamtliches / Bürgerschaftliches / Freiwilliges Engagement

- 345 • **Harmonisierung** von unterschiedlichen Ehrenamtskarten (**Anreize** für ehrenamtliches
346 Engagement) wäre sinnvoll.

347 Übergänge

- 348 • Partnerschaften mit Arbeitsverwaltung: **bessere Gestaltung von Übergängen**
349 Jugendlicher in Ausbildung und Beruf

350 **Was sollte Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Sachsen kennzeichnen**
351 **und was braucht es dazu?**

352 Es braucht

- 353 • kontinuierliches Kontakthalten bzw. ein Begleiten und Koordinieren durch Fachkräfte,
354 denn Jugendbeteiligung ist zeitaufwändig
355 • Zeit, um sich als kulturell verankerte Selbstverständlichkeit auszuprägen
356 • offen gehaltene Zugänge, um Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufmerksam
357 wahrnehmen und im Gespräch bleiben zu können bzw. diese nicht überfordern
358 • eine Haltung und entsprechende Kompetenzen, Jugendbeteiligung bzw. Jugendliche
359 ernst nehmen und fachlich begleiten, denn Pseudoprozesse und
360 Instrumentalisierungsversuche sind demotivierend
361 • ein Aushalten von Beteiligungsprozessen und Akzeptieren von Ergebnissen

- 362 • einen gesellschaftlichen Diskurs zur Absenkung des Wahlalters (z.B. Familienwahlrecht,
363 Wahlrecht ab 0 oder 14 oder 16 Jahren)
- 364 • den politischen Willen und die Haltung der Erwachsenen, sich für Partizipation
365 einzusetzen, diese einzufordern und auszuüben.

366 ist gekennzeichnet

- 367 • dadurch, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien werden gefragt, was sie brauchen
- 368 • durch eine kontinuierliche und altersgerechte Informationspflicht über anstehende
369 Projekte und Prozesse
- 370 • durch eine Begegnung auf Augenhöhe
- 371 • durch Echtheit bei Abgabe von Macht und Transparenz über den Entscheidungsspielraum
- 372 • durch eine Nutzung digitaler Verfahren um weite Wege zu überwinden

373 **Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es auf den zunehmenden Fachkräftemangel**
374 **bzw. wer ist konkret in der Verantwortung dafür?**

- 375 • Die Rahmenbedingungen (Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Personalschlüssel, zeitliche
376 Ressourcen, Planbarkeit gewährleisten) für die Fachkräfte so gestalten, dass sie ihren
377 Arbeitsauftrag ausüben können und das Berufsfeld attraktiver wird
- 378 • Erhalt der Trägervielfalt
- 379 • vorausschauende Bildungspolitik des Kultusministeriums
- 380 • Anwendungsmöglichkeiten des Berufsfeldes muss bei Studiengangberatung kommuniziert
381 werden
- 382 • Ausbildungen/Studiengänge müssen an Bedarfe des Berufsfeldes (z.B. durch keinen NC,
383 sondern Fokus auf persönliche Eignung) angepasst und ausgebaut werden (vielfältige
384 Studienprofile und Praxisnähe)
- 385 • studienbegleitende Praktika müssen strukturell gefördert werden
- 386 • Quereinstieg ermöglichen und qualifiziert begleiten
- 387 • Möglichkeiten und Zugang zu berufsbegleitende pädagogische Ausbildung stärken
- 388 • Berufsfeld-Bewerbungs-Kampagne bzw. fundierter Strategie zur Nachwuchsgewinnung
- 389 • Personalgewinnung und Personalentwicklung als regelmäßiger Konzeptbestandteil in der
390 Kinder- und Jugendhilfe
- 391 • Angebot – und Nachfragesystem entwickeln – bei großer Nachfrage braucht es gute
392 Angebote für Fachkräfte (vgl.: Ärzte bekommen Studium finanziert, um anschließend
393 Landarztpraxis zu übernehmen)
- 394 • Verantwortung: SMWA → Fachkräftestrategie, SMK → Strategie zur Aufwertung der
395 Studiengänge, SMS → Tarifbezahlung
- 396 • langfristige Planung der Ausbildung von Erzieher*innen, Lehrer*innen,
397 Sozialpädagog*innen
- 398 • Stärkung & Nutzung weiterer Ressourcen (z.B.: Betreuung in Familie)
- 399 • Kooperation des Landesjugendamtes im Rahmen der Anerkennung nach § 29 LJHG
- 400 • Träger ist verantwortlich für die Gewinnung und das Management seines Personals
- 401 • Zusammenarbeit mit Fachschulen; Integrationsbemühungen zur Gewinnung
402 ausländischer Fachkräfte

403 **Konkrete Arbeitsaufträge / Schritte**

- 404 • Rahmenbedingungen für schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit
405 verbessern (Lehrermangel abbauen)

- 406 • Neue Formate der außerschulischen Bildung müssen entwickelt und mit der Schule
- 407 erprobt werden.
- 408 • Neben den Verwaltungsvorschriften braucht es Verantwortungstragende in Schule und
- 409 anderen kommunalen Akteuren.
- 410 • Lokale Aktionsbündnisse : Vernetzung von schulischen und außerschulischen Akteuren
- 411 der politischen Bildungsarbeit und gemeinsame Entwicklung von Projekten.
- 412 • Diskussion um die Rolle des Politischen an Schule.
- 413 • Wir brauchen eine Empörung über Einstellungsmuster, die zu solchen Wahlergebnissen
- 414 führten, um anschließend eine konstruktive Diskussion anzustoßen. (Thema setzen)
- 415 • Kleinteilige und regelmäßige Reflexion über die Entwicklung von Projekten der politischen
- 416 Bildung
- 417 • Trägerübergreifende Konzeptwerkstatt, um bereits bestehende Analysen und Strategien
- 418 in ganz konkrete Projektideen zu überführen und die Umsetzung gemeinsam
- 419 voranzubringen
- 420 • Erhöhtem Bedürfnis nach Sicherheit bei der Jugend nachkommen. Überlegen, wie
- 421 können wir mehr Sicherheit vermitteln. (Begleitung der Schüler_innen in ihren Biografien)
- 422 • Landesjugendamt als Fachinstitution
- 423 • fachliche Ausstattung des SMS
- 424 • Realisierung der gesetzlich vorgegebenen Zusammenarbeitspflicht von Schule und
- 425 Kinder- und Jugendhilfe
- 426 • flächendeckende Jugendhilfestruktur im Land Sachsen, auch damit es nicht andere
- 427 nutzen
- 428 • Festlegung von Mindeststandards für Leistungen der Jugendhilfe (Jugendarbeit,
- 429 Jugendkulturarbeit, Familienbildung, politische Bildung, etc.)
- 430 • Ergebnisse in geeigneter Zusammenfassung in den JHA diskutieren
- 431 • heute angestoßenen Prozesses miteinander im Dialog weiterführen (anwesende Träger)
- 432 • Schaffung eines interdisziplinären übergeordneten (Träger, Politik, Wirtschaft, ...)
- 433 Gremiums in Sachsen zur Wertschätzung elterlicher Erziehungsleistung
- 434 • Einsatz des Freistaates Sachsen im Bundesrat für Kindergrundsicherung, Anstoß eines
- 435 gesellschaftlichen Diskussionsprozesses dazu
- 436 • Regierungserklärung zur frühkindlichen Bildung
- 437 • Beratung des Kultusministers, dass er auch für den frühkindlichen Bildungsbereich
- 438 verantwortlich ist; V.: bildungspolitische Sprecher
- 439 • Umsetzung des Arbeitsauftrages aus dem sächsischen Landes- und Aktionsplans (SLAP)
- 440 im Bereich der frühkindlichen Bildung zur Bildung einer Arbeitsgruppe für ein Konzept
- 441 zum sächsischen Bildungsplan. Verantwortlich für die Bildung dieser Arbeitsgruppe ist das
- 442 SMK. Termin hierfür war bereits in 2017.
- 443 • Keine „Projektitis“, d.h. weitestgehend nachhaltige und entwicklungsbegleitende
- 444 Förderung.

445 Ergebnisse aus dem Plenum:

- 446 • Klare Forderung an das Landesjugendamt einen Dialogprozess hoher Intensität mit den
- 447 Trägern zu beginnen
- 448 • Regelmäßiges fachpolitisches Hearing mit Entscheidungsträger*innen oder konkrete
- 449 Forderungen stellen

450 Option zur Beratung:

- 451 • Ein Redaktionskreis (Christian Kurzke, Wencke Trumpold, Andreas Borchert, Norbert
- 452 Hanisch, Olaf Boye, Daniela Saaro, Jan Witza, Andreas Giersch (GEW), Ina Lorenz
- 453 (Kulturbüro Sachsen) stellt den Text fertig. → Forderungen und konkrete Szenarien /
- 454 Handlungsvorschläge / messbare „Dinge“
- 455 • zwei Texte werden veröffentlicht: Forderungen (kurz) und Wissenskompendium (lang)
- 456 • Es wird versucht vor dem 13.12. einen Termin mit M. Kretschmar zu vereinbaren.

- 457 • Darüber hinaus werden fachpolitische Hearings geplant (Evangelische Akademie Meißen
458 + Kinder- und Jugendring Sachsen

459 **Ergänzendes / in der Veranstaltung Entstehendes**

- 460 • Überlegungen, in welche Kanäle die Analyse und Forderungen adressiert werden sollen ,
461 damit es in konkretes Handeln überführt wird. Dabei könnten anwesende politische
462 Vertreter*innen als Multiplikator*innen wirken.
- 463 • Jede*r Teilnehmende sollte sich und sein Wirkungskreis animieren „Wenn ich die Welt
464 verändern will, muss ich mich verändern.
- 465 • Die Wege zwischen Praktiker*innen der Kinder- und Jugendarbeit und Politiker*innen
466 müssen verkürzt werden.
- 467 • Wir müssen eine progressive, präventive Kinder- und Jugendpolitik entwickeln. Dabei
468 muss ein Schwerpunkt bereits im Kindergartenbereich gesetzt werden sowie neue
469 Formate im präventiven Bereich (Familienbüros, etc.) beinhalten. Die dafür notwendige
470 Lobby muss von allen Akteuren (Fachkräfte, Politiker*innen, Verwaltungswesen)
471 hergestellt werden.
- 472 • Es existiert ein Missverhältnis zwischen finanzieller Untermauerung der
473 Jugendhilfelandtschaft und HZE
- 474 • Das Landesjugendamt muss wieder in den Stand der Fachinstitution gehoben sowie die
475 fachliche Ausstattung des SMS gestärkt werden.
- 476 • Realisierung der gesetzlich vorgegebenen Zusammenarbeitspflicht von Schule und
477 Kinder- und Jugendhilfe untersetzt mit einer flächendeckende Jugendhilfestruktur im
478 Land Sachsen
- 479 • Festlegung von Mindeststandards für Leistungen der Jugendhilfe (Jugendarbeit,
480 Jugendkulturarbeit, Familienbildung, politische Bildung, etc.)
- 481 • Ergebnisse veröffentlichen (Veranstalter von heute)
- 482 • Ergebnisse in geeigneter Zusammenfassung in den JHA diskutieren